

**Kleine Anfrage**

**des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP**

**und**

**Antwort**

**des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

**Unterstützung der Landesregierung bei der Beteiligung des  
Karlsruher Instituts für Technologie an der Ausschreibung  
zur Errichtung des zukünftigen Deutschen Internet-Instituts**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann hatte sie Kenntnis von der Förderbekanntmachung, mit der die Bundesforschungsministerin Johanna Wanka den Startschuss für die Errichtung des Deutschen Internet-Instituts gab?
2. Seit wann hatte das in dieser Angelegenheit federführende Ministerium Kenntnis von der Beteiligung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) an der oben genannten Ausschreibung?
3. Welche Unterstützung ließ die Landesregierung den fachlich einschlägigen Hochschulen in Baden-Württemberg und insbesondere dem KIT angedeihen, die Interesse an einer Beteiligung an der Ausschreibung hatten?
4. Wie beurteilt sie den Aufwand für die Erstellung einer Projektskizze mit allen notwendigen Informationen, wie beispielsweise der erforderlichen überschlägigen Kalkulation, der Darstellung der aktuell vorhandenen fachlichen Leistungsfähigkeit, Ideen für eine innovative Ausgestaltung des Deutschen Internet-Instituts, der Beschreibung der mittel- und langfristigen Ziele, die das Institut verfolgt sowie der Darstellung eines Nachhaltigkeitskonzepts zur langfristigen Sicherung dieser Ziele?
5. Wurde von der Landesregierung erwogen, den Hochschulen eine monetäre Unterstützung für die Erstellung der erforderlichen Projektskizze anzubieten, wie es beispielsweise bei der Beteiligung von Hochschulen im Land an der Exzellenzstrategie der Fall war, um eine erfolgreiche Bewerbung zu ermöglichen?

6. Welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um die Hochschulen im Land bei der Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen, wie etwa die Vorhaltung der notwendigen technischen und räumlichen Infrastrukturen, zu unterstützen?
7. Welche Zusagen oder Angebote hat sie für einen Eigenbeitrag des KIT gemacht, der in die Auswahlentscheidung und schließlich in die Konzeptionierung des zukünftigen Instituts einfließen soll?
8. Welche Zusagen macht sie durch ihren „Letter of Intent“ an das KIT?
9. Welche Rolle soll das KIT – im Falle eines Erfolgs der Förderung – unter Berücksichtigung des Digitalisierungskonzepts der Landesregierung zukünftig spielen?
10. Welche eigenen Projekte zur Digitalisierung mit interdisziplinärem Ansatz verfolgen die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abseits der nicht einschlägigen Digitalisierungs-idee für Kunst und Kultur der Staatssekretärin derzeit, die noch in diesem Jahr zur Umsetzung anstehen?

11.05.2017

Weinmann FDP/DVP

#### Begründung

Im September 2015 hat Bundesforschungsministerin Johanna Wanka den Startschuss für ein Internet-Institut gegeben, das mit bis zu 50 Mio. Euro aus Bundesmitteln gefördert werden soll. Das Projekt entspringt der Digitalen Agenda der Bundesregierung und soll noch im Frühjahr 2017 zur Umsetzung kommen. Nach der Ausschreibungsphase hat eine Expertenjury fünf Bewerbungen ausgewählt, aus denen schließlich ein Standort für das neue Institut gefunden werden soll. Unter den Finalisten findet sich die Bewerbung des Karlsruher Instituts für Technologie. Das Staatsministerium unterstützt diese Bewerbung laut dem Bericht in der Stuttgarter Zeitung vom 10. Mai 2017 nachdrücklich. Wie nachdrücklich diese Unterstützung, auch durch das zuständige federführende Ministerium tatsächlich war und ist, soll diese Kleine Anfrage klären. Denn im Koalitionsvertrag hat sich die grün-schwarze Landesregierung vorgenommen, eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie zu erarbeiten. Konkrete Projekte stehen aber auch nach einem Jahr grün-schwarzer Regierungszeit noch nicht zur Umsetzung an.

## Antwort

Mit Schreiben vom 6. Juni 2017 Nr. 31-7532.21-1/5/1 beantwortet das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Abstimmung mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

*Ich frage die Landesregierung:*

- 1. Wann hatte sie Kenntnis von der Förderbekanntmachung, mit der die Bundesforschungsministerin Johanna Wanka den Startschuss für die Errichtung des Deutschen Internet-Instituts gab?*
- 2. Seit wann hatte das in dieser Angelegenheit federführende Ministerium Kenntnis von der Beteiligung des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) an der oben genannten Ausschreibung?*

Die Ausschreibung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wurde am 9. September 2015 offiziell bekanntgegeben. Am 8. Oktober 2015 teilte die Universität Mannheim dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst mit, dass es von Seiten der Universität Mannheim und des Karlsruher Institut für Technologie konkrete Überlegungen gebe, ein Konzept einzureichen.

- 3. Welche Unterstützung ließ die Landesregierung den fachlich einschlägigen Hochschulen in Baden-Württemberg und insbesondere dem KIT angedeihen, die Interesse an einer Beteiligung an der Ausschreibung hatten?*

Nach der Ausschreibung des BMBF ging das Wissenschaftsministerium aktiv auf potenzielle Bewerber zu und sagte für die erste Auswahlrunde des Deutschen Internet-Instituts den Antragstellern aus Baden-Württemberg schriftlich zu, das Verfahren im Rahmen seiner Möglichkeiten konstruktiv und nachhaltig zu begleiten.

Der damalige Prorektor der Universität Mannheim wies bei der Bekanntgabe der geplanten Antragstellung darauf hin, dass eine Förderung für die regionale Forschungsallianz „Digitalisierung – Transformation sozioökonomischer Prozesse“ der Partner Universität Mannheim und KIT die Ansiedlung eines solchen Instituts im Land substantiell unterstützen würde.

Die Förderung von regionalen Forschungsallianzen im Bereich der Spitzenforschung wurde vom Wissenschaftsministerium im April 2015 ausgeschrieben. Die Universität Mannheim und das KIT reichten einen Antrag ein, der zur Förderung ausgewählt wurde. Die Forschungsallianz erhält seit 2016 über eine Laufzeit von drei Jahren insgesamt 900.000 Euro Unterstützung vom Land. In dem zweistufigen Verfahren bestand für die Partner die Möglichkeit, die Allianz gezielt auf die Bewerbung im Wettbewerb um das vom BMBF ausgeschriebene Internet-Institut auszurichten.

In der zweiten Auswahlrunde sicherte die Landesregierung eine aktive Beteiligung in der Umsetzungsphase des Vorhabens dem Konsortium (bestehend aus dem KIT [Federführung] und der Universität Mannheim gemeinsam mit sieben weiteren Forschungsinstituten [Forschungszentrum Informatik FZI, Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI, Internationales Zentrum für Ethik in den Wissenschaften IZEW der Universität Tübingen, Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften GESIS, Leibniz-Institut für Wissensmedien IWM, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW und das Zentrum für Kunst und Medientechnologie ZKM]) zu und versicherte seine Unterstützung bei der Verstärkung des Instituts im Erfolgsfall.

Die Antragssteller aus Karlsruhe stellten in der zweiten Antragsphase den Antragsentwurf ausführlich dem Wissenschaftsministerium vor. Hierbei sagte das Wissenschaftsministerium eine Anschubfinanzierung für die Antragstellung eines thematisch passenden, interdisziplinären Graduiertenkollegs bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu und begrüßte ausdrücklich die Initiative des Konsortiums aus neun Einrichtungen aus Karlsruhe, Mannheim und Tübingen in diese

Richtung. Diese Anschubförderung des Wissenschaftsministeriums für einen Antrag eines DFG-Graduiertenkollegs wurde in der Bewerbung für das Internet-Institut genannt.

*4. Wie beurteilt sie den Aufwand für die Erstellung einer Projektskizze mit allen notwendigen Informationen, wie beispielsweise der erforderlichen überschlägigen Kalkulation, der Darstellung der aktuell vorhandenen fachlichen Leistungsfähigkeit, Ideen für eine innovative Ausgestaltung des Deutschen Internet-Instituts, der Beschreibung der mittel- und langfristigen Ziele, die das Institut verfolgt sowie der Darstellung eines Nachhaltigkeitskonzepts zur langfristigen Sicherung dieser Ziele?*

Wie bei jeder hochkarätigen wissenschaftsgeleiteten Ausschreibung war der Aufwand für die Bewerberhochschulen hoch. Hinzu kam, dass die vom BMBF geforderten Forschungsfelder und Ziele des Deutschen Internet-Instituts sehr umfangreich und enorm breit gefächert ausgeschrieben worden sind.

Der Erfolg des Konsortiums aus neun Einrichtungen aus Karlsruhe, Mannheim und Tübingen in der ersten Auswahlrunde belegt, dass der Antrag die gewünschten Anforderungen vollumfassend erfüllen konnte.

*5. Wurde von der Landesregierung erwogen, den Hochschulen eine monetäre Unterstützung für die Erstellung der erforderlichen Projektskizze anzubieten, wie es beispielsweise bei der Beteiligung von Hochschulen im Land an der Exzellenzstrategie der Fall war, um eine erfolgreiche Bewerbung zu ermöglichen?*

Die Förderung der Regionalen Forschungsallianz des KIT mit der Universität Mannheim startete parallel zum Ausschreibungsverfahren des Bundes und war dadurch für die Antragsstellung substantiell unterstützend.

*6. Welche Maßnahmen hat sie ergriffen, um die Hochschulen im Land bei der Erfüllung der Zuwendungsvoraussetzungen, wie etwa die Vorhaltung der notwendigen technischen und räumlichen Infrastrukturen, zu unterstützen?*

Der Antrag des Konsortiums aus neun Einrichtungen aus Karlsruhe, Mannheim und Tübingen baute auf die schon zahlreich vorhandene technische und räumliche Infrastruktur und umfangreichen Datenressourcen auf. Die Akteure stellten hierzu eine breit gefächerte Liste an Ressourcen auf. Um eine kleine Auswahl zu nennen: der Antrag des Konsortiums profitierte von der Infrastruktur des Smart Data Innovation Lab (SDIL), des Steinbuch Centre for Computing (SCC), des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), des FZI House of Living Labs, des Wirtschafts- und Gesellschaftslabors KD2Lab und von den Außenstellen am Standort Berlin. Neben den räumlichen Infrastrukturbeiträgen der Partner hatte der Standort Karlsruhe zugesagt, ab Förderbeginn dedizierte Räumlichkeiten einzubringen.

Das Konsortium verfügt weiterhin über eine sehr umfangreiche Expertise im Zugang zu Forschungsdaten beispielsweise über zertifizierte Forschungsdatenzentren (FDZ) und über die Datenressourcen des Leibniz-Instituts für Sozialwissenschaften (GESIS) und des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

*7. Welche Zusagen oder Angebote hat sie für einen Eigenbeitrag des KIT gemacht, der in die Auswahlentscheidung und schließlich in die Konzeptionierung des zukünftigen Instituts einfließen soll?*

Das Auswahlverfahren für das Deutsche Internet-Institut erfolgte streng wissenschaftsgeleitet. Die vorgelegten Konzepte wurden von einer international besetzten Fachjury begutachtet. Das Wissenschaftsministerium hat nicht die Intention, wissenschaftsgeleitete Auswahlverfahren durch besonders hohe monetäre Zusagen zu beeindrucken. Das Wissenschaftsministerium tritt daher – auch mit Blick auf künftige Auswahlverfahren – dem Eindruck entgegen, dass durch (womöglich gar

öffentliche) finanzielle Zusagen im Vorfeld Einfluss auf das Auswahlverfahren genommen werden könnte. Durch die Förderung der Regionalen Forschungsallianz wurde die Vernetzung der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Region auf dem Gebiet der Digitalisierung gestärkt, um auch Konsortiumsangebote von vielen Akteuren dieser Art zu unterstützen.

Würde sich die Fördervergabe in wissenschaftlichen Wettbewerbsverfahren zu einem Szenario entwickeln, in dem zunächst die politische Unterstützung von Anträgen abgefragt wird und erst an zweiter Stelle die wissenschaftliche Exzellenz der Anträge zählt, würde das Wissenschaftsministerium dieser Entwicklung entschieden entgegengetreten. Das Wissenschaftsministerium sieht es als nicht hilfreich an, eine solche Entwicklung durch die Forderung nach politischer Einflussnahme in einem wissenschaftsgeleiteten Verfahren zu befeuern.

*8. Welche Zusagen macht sie durch ihren „Letter of Intent“ an das KIT?*

Die Landesregierung unterstützte wie oben beschrieben die Antragstellung im Rahmen des vorgesehenen Verfahrens und sicherte eine aktive Beteiligung in der Umsetzungsphase des Vorhabens zu. Außerdem sagte sie zu, die Verstärkung des Instituts im Erfolgsfall nachdrücklich zu unterstützen.

*9. Welche Rolle soll das KIT – im Falle eines Erfolgs der Förderung – unter Berücksichtigung des Digitalisierungskonzepts der Landesregierung zukünftig spielen?*

Das KIT ist seit seiner Gründung 2009 die größte Wissenschaftseinrichtung in Deutschland und eine der größten naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Europa mit einem Jahresetat von insgesamt gut 850 Millionen Euro, gut 25.000 Studierenden und knapp 9.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sieben KIT-Zentren bündeln die programmorientierte und die koordinierte Forschung im KIT und vertreten die strategischen Forschungsfelder nach außen. Diese Zentren sind:

- Energie
- Materialien, Strukturen, Funktionen (bisher KIT-Zentrum NanoMikro und KIT-Schwerpunkt Optik und Photonik)
- Elementarteilchen- und Astroteilchenphysik
- Klima und Umwelt
- Mobilitätssysteme
- Information • Systeme • Technologien
- Mensch und Technik.

Das am KIT angesiedelte Kompetenzzentrum für angewandte Sicherheitstechnologie (KASTEL) ist eines von deutschlandweit drei Kompetenzzentren für Cybersicherheit, die vom BMBF im März 2011 initiiert wurden. Das ebenfalls vom BMBF geförderte Smart Data Innovation Lab (SDIL) bietet Big Data-Forschern eine einzigartige Möglichkeit, eine breite Palette von Big Data- und In-Memory-Technologien einzusetzen. Das Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) am KIT betreibt das Büro für Technikfolgenabschätzung beim deutschen Bundestag (TAB) und berät unter anderem das Europäische Parlament sowie die Forschungspolitik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene. Das KIT ist außerdem Partner des Konsortiums, das das von der Landesregierung geförderte Testfeld Autonomes Fahren betreiben wird. Diese vier Beispiele zeigen stellvertretend für weitere, dass das KIT beim Schlüsselthema Digitalisierung sehr gut aufgestellt ist.

Kernbereiche des Antrags aus Karlsruhe wurden im Vergleich zu den anderen Anträgen von der Fachjury als besonders herausragend bewertet. So sahen die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zwei neue Querschnittsfelder vor, die alle fünf Schwerpunkte der Ausschreibung verbinden sollten.

Das Konsortium aus neun Einrichtungen aus Karlsruhe, Mannheim und Tübingen legte dadurch viel Wert darauf, die Erkenntnisse der Forschung für Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zugänglich zu machen und stellte ein ambitioniertes Konzept für den öffentlichen Dialog vor. Bürgerinnen und Bürger sollten beispielsweise in einem neuen Kunstlabor des Zentrums für Kunst und Medien (ZKM) in Karlsruhe durch Befragungen und Experimente direkt an der Forschung mitarbeiten.

Nachdem sich der Antrag unter Federführung des KIT in der Endrunde um das Deutsche Internet-Institut nicht durchsetzen konnte, wird die Landesregierung zeitnah im Gespräch mit den Antragstellern prüfen, wie das Konzept auf die spezifischen Fragestellungen in Baden-Württemberg zugeschnitten werden kann. Der von der Jury herausgehobene Bereich der Bürgerbeteiligung soll dabei als besondere Landesstärke weiter verfolgt werden.

*10. Welche eigenen Projekte zur Digitalisierung mit interdisziplinärem Ansatz verfolgen die Landesregierung und insbesondere das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst abseits der nicht einschlägigen Digitalisierungs-idee für Kunst und Kultur der Staatssekretärin derzeit, die noch in diesem Jahr zur Umsetzung anstehen?*

Die Wissenschaft trägt maßgeblich zur erfolgreichen Gestaltung der Digitalisierung im Land bei. Die Landesregierung unterstützt die Hochschulen konsequent darin, die Chancen der Digitalisierung in Lehre, Forschung, und, Technologietransfer zu nutzen und die Auswirkungen des digitalen Wandels insgesamt in den Blick zu nehmen.

Dazu hat das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst beispielsweise folgende Maßnahmen ergriffen:

#### *Cyber Valley*

In der Initiative Cyber Valley haben sich die Max-Planck-Gesellschaft – das Institut für Intelligente Systeme –, die Universitäten Stuttgart und Tübingen und verschiedene Wirtschaftspartner zusammengefunden, um gemeinsam und unterstützt durch das Wissenschaftsministerium das Thema Künstliche Intelligenz mit seinen vielfältigen Anwendungen als eine Schlüsseltechnologie voranzutreiben. Das Land fördert diese Kooperation mit rund 60 Mio. Euro, damit ein ausstrahlungskräftiger Schwerpunkt entsteht.

#### *Digital getriebener Technologietransfer in der Mobilität*

- In der Profilerregion *Mobilitätssysteme Karlsruhe* arbeiten die Fraunhofer Institute der Region, das KIT, das Forschungszentrum Informatik (FZI) und die Hochschule Karlsruhe gemeinsam an anspruchsvollen Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit der Industrie. Das Gesamtvolumen des Vorhabens umfasst 8 Mio. Euro.
- Das *Tech Center a-drive* erforscht die robuste Wahrnehmung und Handlungsplanung automatisierter Fahrzeuge unter allen Witterungs- und Sichtbedingungen. Dabei spielt die Entwicklung von Algorithmen und künstliche Intelligenz sowie die intelligente Vernetzung von Sensoren eine wichtige Rolle. Partner sind die Universität Ulm, das KIT, das Forschungszentrum Informatik und das Daimler Center for Automotive Information Technology Innovations. Das Gesamtvolumen des Vorhabens beläuft sich auf ca. 8 Mio. Euro.
- Das Projekt (XiL-BW-e) verfolgt – unter Beteiligung des KIT sowie der Universitäten Stuttgart und Ulm – den Aufbau einer standortübergreifenden gemeinsamen digital vernetzten Forschungsinfrastruktur für die Elektromobilität in Baden-Württemberg („Prüfstandverbund BW“). Das MWK unterstützt die Initiative mit 10,3 Mio. Euro.

*E-Science*

Bereits 2012 hat das Wissenschaftsministerium den Prozess zur Erstellung des Fachkonzepts „E-Science – Wissenschaft unter neuen Rahmenbedingungen“ zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Infrastruktur in Baden-Württemberg in den fünf Handlungsfeldern Digitalisierung, Forschungsdatenmanagement, Lizenzierung, Open Access und Virtuelle Forschungsumgebungen angestoßen. Aktuell werden sieben Projekte zum Thema virtuelle Forschungsumgebungen gefördert. Darunter befindet sich auch ein Projekt des KIT.

*E-Learning*

Im Bereich E-Learning werden derzeit zehn Projekte an 13 Hochschulen in Baden-Württemberg gefördert, darunter auch jeweils ein Projekt des KIT und der Hochschule Karlsruhe. Im Herbst 2016 hat das von den Landesrektorenkonferenzen der Universitäten, Pädagogischen Hochschulen, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, Musikhochschulen und vom Präsidium der DHBW beschlossene „Hochschulnetzwerk Digitalisierung der Lehre Baden-Württemberg“ (HND BW) seine Arbeit begonnen. Das HND BW als gemeinschaftlicher Verbund 48 staatlicher Hochschulen soll die Diskussion und den Erfahrungsaustausch unter den Hochschulen stärken und die Umsetzung der weiteren im Fachkonzept E-Learning angeregten Handlungsfelder begleiten.

*Aufwendungen für das Hoch- und Höchstleistungsrechnen sowie das Datenintensive Rechnen an baden-württembergischen Hochschulen*

Der Bund und die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben im Juni 2016 das Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Projektförderung des Gauß-Zentrums für Supercomputing erneuert. Gegenstand sind Investitionen und Betrieb einschließlich Personal an den Computerzentren in Stuttgart, München und Jülich. Hierfür sind insgesamt 460 Mio. Euro Projektfördermittel vorgesehen. Davon finanzieren der Bund 50 % und die Sitzländer 50 %.

*Virtual Reality-Offensive*

Um die Expertise im Bereich virtueller Realitäten in Film und Medien weiter voranzutreiben, fördert das Wissenschaftsministerium Weiterbildungsmaßnahmen sowie VR-Projekte im Rahmen des Karl-Steinbuch-Forschungsprogramms und des Förderprogramms „Digital Content Funding“.

*Förderung der Telemedizin*

Mit der Koordinierungsstelle Telemedizin an der Universität Heidelberg baut die Landesregierung ein leistungsfähiges Netzwerk im Bereich der Telemedizin auf, um die Gesundheitsversorgung der Menschen im ganzen Land langfristig zu sichern. Mit dem Projekt SMARTY an der Universität Tübingen wird an einer sicheren Kommunikation zwischen Ärzten, Patienten und Angehörigen gearbeitet.

*Zukunftskommune@bw*

Mit einem Landeswettbewerb des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration unter dem Titel „Digitale Zukunftskommune@bw“ werden Kommunen als Modellvorhaben adressiert, deren politisch Verantwortlichen eine langfristig angelegte, digitale Agenda und damit verbundene soziale, ökonomische und/oder ökologische Ziele verfolgen. Gefördert werden Digitalisierungskonzepte, die von der Kommunalverwaltung gemeinsam mit Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft umgesetzt werden sollen.

*Modernisierung der Verwaltungs-IT*

Die IT-gestützte Abwicklung hochschulischer Geschäftsprozesse als Service- und Unterstützungsleistung für Studierende (z. B. Anmeldung zu Veranstaltungen und Prüfungen, Abfrage der Prüfungsergebnisse), Lehrende und auch Forschende trägt entscheidend zur Steigerung des Services für die angesprochenen Gruppen und auch zu einer Entlastung der Hochschulverwaltungen bei.

Derzeit wird unter der Federführung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration eine landesweite, ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie [digital@bw](mailto:digital@bw) erarbeitet. Weitere interdisziplinäre Vorhaben und Projekte sollen innerhalb der neuen strategischen Linie umgesetzt werden.

Bauer

Ministerin für Wissenschaft,  
Forschung und Kunst